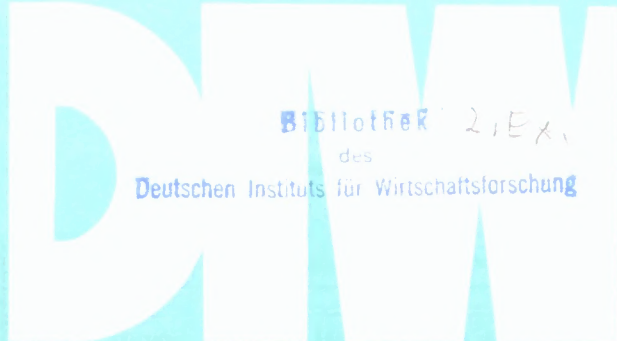




Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1985/86

Nur noch moderate weltwirtschaftliche Expansion	291
Bundesrepublik Deutschland: Konjunkturelle Erholung geht weiterhin am Arbeitsplatz vorbei	298

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25-26/85

Berlin

27. Juni 1985

52. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1985/86

Nur noch moderate weltwirtschaftliche Expansion

In den westlichen Industrieländern breitet sich die Befürchtung aus, daß bei der gegenwärtig mäßigen Sozialproduktentwicklung in den USA die weltwirtschaftliche Expansion ihre treibende Kraft nicht nur vorübergehend verliert und der jetzige Aufschwung kaum noch über längere Zeit aufrechtzuerhalten sein wird. Betrachtet man die Situation in den USA näher, so zeigt sich allerdings, daß dort Nachfrage- und Produktionsentwicklung erheblich auseinandergefallen sind. Während die Inlandsnachfrage der Privaten (wenn auch abgeschwächt) und die des Staates (sogar verstärkt) zunehmen, ist die Produktion in den ersten Monaten dieses Jahres kaum noch gestiegen. Die stark erhöhten amerikanischen Importe zeigen, daß sich die zusätzliche Nachfrage vor allem dem Ausland zugewandt hat. Von den USA gingen somit weiterhin expansive Impulse auf die übrige Welt aus.

Zu fragen ist, wie lange eine Entwicklung, bei der sich das Leistungsbilanzdefizit der USA immer mehr erhöht hat, durchgehalten werden kann. Je nachdem, worin die entscheidende Ursache für den unbefriedigenden Wirtschaftsverlauf in den USA gesehen wird, werden unterschiedliche Reaktionen der amerikanischen Regierung erwartet oder zumindest gefordert. Am verbreitetsten ist die Auffassung, das hohe staatliche Haushaltsdefizit sei der wichtigste Grund für die gegenwärtigen Schwierigkeiten der USA. Das Defizit habe wegen des Finanzierungsbedarfs der amerikanischen Regierung das Zinsniveau hoch gehalten und damit Auslandskapital angelockt. Das habe wiederum die Nachfrage nach dem Dollar erhöht und zu der beträchtlichen Dollarüberbewertung geführt. Dadurch sei die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft so sehr beeinträchtigt worden, daß sich die zusätzliche Inlandsnachfrage zunehmend dem Aus-

land zuwandte und das Leistungsbilanzdefizit immer größer wurde. Verstärkte Bemühungen um einen Abbau des Staatsdefizits sind nach dieser Ansicht die allein angemessene Reaktion auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Diese Ursachenanalyse weist jedoch erhebliche Schwächen auf. Mit dem hohen Staatsdefizit kann allein schwerlich erklärt werden, warum Kapital in so großem Umfang in die USA floß. Ohne Vertrauen in die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft wäre es dazu sicherlich nicht gekommen. Erfahrungen, die andere Länder mit hohen Staatsdefiziten gemacht haben, zeigen, daß solche Defizite eher zu einer Schwächung als zu einer Stärkung des Vertrauens ausländischer Kapitalanleger in die betreffende Wirtschaft führten. Wenn im Falle der USA das Staatsdefizit keinen Vertrauensverlust nach sich zog, so kommt hierin zum Ausdruck, daß weniger das Defizit selbst als die das Defizit in Kauf nehmende Wirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung für die Urteilsbildung entscheidend ist. In dieser Politik wurde offensichtlich das erfolgreiche Bemühen um eine Besserung der wirtschaftlichen Lage gesehen, die die Kapitalanlagen in den USA sehr lohnend machte.

Nun wird aber immer wieder behauptet, daß die USA, wo die privaten Haushalte einen — im Vergleich zu anderen Industrieländern — geringeren Teil ihres Einkommens sparen, durch die Hinnahme des hohen Staatsdefizits in eine Situation des Kapitalmangels geraten seien, bei der im Inland zu wenig Kapital für private Investitionen zur Verfügung steht. Kapital mußte daher aus dem Ausland angelockt werden, damit sowohl die staatliche als auch die private Kreditnachfrage befriedigt werden konn-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1983 IN VH		VERÄNDERUNG IN VH GEGENÜBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1984			1985			1986		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	8.8		2.6	4.6	1.9	2	4.5	2	2.5	5	2.5
FRANKREICH	7.0	17.9	1.4	9.0	7.5	1.5	7.5	6	2	7.5	5.5
GROSSBRITANNIEN	6.1	11.4	2.4	6.6	4.1	3	7.5	4.5	2	7	5
ITALIEN	4.8	10.3	2.4	13.7	11.0	2.5	10.5	8	2.5	10	7.5
NIEDERLANDE	1.8	12.2	2.0	5.1	3.0	2	4.5	2.5	2.5	4.5	2
BELGIEN	1.1	10.3	2.0	7.1	5.0	2	6	4	2	6	4
DÄNEMARK	0.8	2.8	4.3	10.3	5.8	2.5	7	4.5	2.5	6.5	4
GRIECHENLAND	0.5	1.5	2.5	21.5	18.5	2	19.5	17	2	17.5	15
IRLAND	0.2	0.6	3.0	11.2	8.0	3	9.5	6.5	3	9.5	6.5
EG	31.1		2.2	8.0	5.6	2	7	5	2.5	7	5
EG OHNE BRD	22.3		2.1	9.3	7.0	2.5	8	6	2	8	5.5
EG OHNE BRD ³⁾		67.0	2.1	8.7	6.4	2	7.5	5.5	2	7.5	5
SCHWEDEN	1.2	3.6	3.0	11.2	8.0	2	8.5	6.5	2	8	6
SCHWEIZ	1.4	7.2	2.5	5.6	3.0	2.5	5.5	3	2.5	5.5	3
ÖSTERREICH	0.9	7.2	2.2	6.6	4.3	3	7	4	3	7	4
NORWEGEN	0.8	1.6	3.8	11.3	7.2	2.5	7.5	5	3	7.5	4.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER	35.4		2.3	8.0	5.6	2	7	5	2.5	7	4.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER O.BRD	26.6		2.2	9.2	6.8	2.5	8	5.5	2	8	5.5
EUROPAEISCHE ³⁾ INDUSTRIELÄNDER O.BRD		86.6	2.2	8.4	6.1	2	7.5	5	2.5	7	5
USA	44.7	10.6	6.8	10.8	3.8	3	7	4	2.5	7	4.5
KANADA	4.3	1.0	4.7	7.8	3.0	3	6	3	2.5	6	3.5
JAPAN	15.6	1.8	5.8	6.4	0.6	4.5	6	1.5	4	6	2
AUSSEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	64.6		6.4	9.5	3.0	3.5	7	3.5	3	7	4
AUSSEREUROP. ³⁾ INDUSTRIELÄNDER		13.4	6.5	10.0	3.3	3	7	3.5	2.5	7	4
INSGESAMT	100.0		5.0	9.0	3.9	3	7	4	2.5	7	4
INSGESAMT OHNE BRD	91.2		5.2	9.4	4.1	3	7	4	2.5	7	4.5
INSGESAMT OHNE BRD ³⁾		100.0	2.8	8.6	5.7	2.5	7.5	5	2.5	7	4.5

1) AUF DOLLARBASIS. — 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR. — 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LÄNDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

ten. Die USA hätten dabei über ihre Verhältnisse gelebt, der starke amerikanische Wirtschaftsaufschwung wäre ohne hohe Verschuldung gegenüber dem Ausland nicht zustande gekommen.

Bei dieser Art der Betrachtung wird dem Sparen eine entscheidende Rolle als Voraussetzung für Investitionen zugesprochen. Dagegen wird der Bereitschaft zur Kreditaufnahme, die zunächst einmal vorhanden sein muß, nicht der Stellenwert eingeräumt, den sie als treibende Kraft für den Aufschwung hat. In den USA wurde der Aufschwung vor allem dadurch ausgelöst, daß der Staat Verschuldungsbereitschaft zeigte. Indem er seine Ausgaben weiterhin beträchtlich steigerte und gleichzeitig die Einkommensteuer senkte, nahm er ein erhebliches Defizit hin. Hiervon profitierten die amerikanischen Unterneh-

men, denn bei guter Absatz- und Gewinnentwicklung wurde eine im Vergleich zu anderen Ländern hohe Selbstfinanzierung der Investitionen ermöglicht. Die Inanspruchnahme eines großen Teils des Sparens der privaten Haushalte durch den Staat führte somit nicht zu Kapitalmangel, sondern begünstigte die Unternehmen, deren eigenes Sparen — wie die Tabelle Sparen und Investieren zeigt — unter diesen Umständen relativ hoch war.

Zu dem starken Kapitalfluß in die USA, der das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit entstehen ließ, kam es nicht deshalb, weil der Finanzierungsbedarf der amerikanischen Regierung das Kapitalangebot in den USA selbst übertraf, sondern weil die USA das einzige Land waren, wo eine expansive Wirtschaftspolitik zu einem beachtlichen Wirtschaftsaufschwung führte und wo des-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE- INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN			IMPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN		
	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	0.6	1	2	2.0	1.5	1.5	1.3	1.5	3.5	7.9	8.5	5.5	5.7	5	5.5
FRANKREICH	0.5	1	2	0.0	0	0	-2.9	2	2	6.5	4.5	4	3.0	3	4.5
GROSSBRITANNIEN	1.5	3	2.5	1.0	1.5	0.5	7.7	2.5	2	6.6	7.5	4	8.8	6	4
ITALIEN*	2.0	3	2	1.5	1	1	1.5	3	3.5	5.5	4	4.5	6.5	4	4
NIEDERLANDE	0.0	1	1.5	-1.0	0	0.5	3.0	2	3	6.0	5	4.5	6.0	3	3.5
BELGIEN	-0.5	0.5	2	0.0	-1	0	3.5	4	4	7.0	6	5	5.0	4	5
DAENEMARK	2.9	2	2.5	0.1	0	0	12.4	7	2	3.6	5	4.5	5.4	4	3.5
GRIECHENLAND	2.0	1.5	1	3.0	2.5	2.5	-1.0	2.5	2	10.0	5.5	4	4.0	4	3.5
IRLAND	1.5	1.5	2	-1.0	0	0	-1.0	2	2	14.0	10.5	8	8.0	7	5.5
1)															
EG	1.0	1.5	2	1.0	1	1	1.7	2	3	6.9	6.5	4.5	5.8	4.5	4.5
1)															
EG OHNE BRD	1.1	2	2	0.6	0.5	0.5	1.9	2.5	2.5	6.4	5.5	4.5	5.9	4	4
SCHWEDEN	1.0	1	1	1.5	1.5	1	3.5	2	1	6.0	4	4	5.0	4.5	4
SCHWEIZ	1.5	2	2.5	3.5	2	1.5	3.0	5	4.5	6.0	4.5	4.5	7.0	4	4
ÖSTERREICH	-0.9	2	2	2.0	2	1.5	1.7	4.5	5	13.0	6	5	14.0	5	4
NORWEGEN	1.5	2.5	2.5	2.0	1.5	7	11.1	0	4	5.1	0	2	6.2	3.5	2
EUROPAEISCHE 1)															
INDUSTRIELÄNDER	1.0	1.5	2	1.2	1	1	2.1	2.5	3	6.9	6	4.5	6.1	4.5	4.5
EUROPAEISCHE 1)															
INDUSTRIEL.O.BRD	1.1	2	2	0.9	1	0.5	2.4	2.5	2.5	6.6	5	4.5	6.2	4	4
USA	5.3	3.5	2.5	3.5	5	3	16.7	7	5	4.7	3	5	27.0	10	6
KANADA	3.5	3	2	2.8	1.5	1.5	0.6	3.5	4.5	19.7	8	6	15.5	6	4
JAPAN	2.7	3	3	2.2	2	2	5.7	6.5	5.5	18.1	9	6	12.5	7	5
AUSSEREUROP. 1)															
INDUSTRIELÄNDER	4.6	3.5	2.5	3.3	4.5	2.5	11.7	6.5	5	10.9	5.5	5.5	21.4	8.5	5.5
1)															
INSGESAMT	3.4	3	2.5	2.4	3	2	8.4	5	4.5	8.6	6	5	12.5	6	5
1)															
INSGESAMT O.BRD	3.6	3	2.5	2.5	3	2	9.1	5.5	4.5	8.7	5.5	5	13.6	6.5	4.5

1)GEWICHTE 1983 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

halb die Kapitalanlage rentabler als in den anderen Ländern war. Bei der gemeinhin vertretenen Auffassung, daß es ohne diesen Kapitalzufluß nicht zu dem kräftigen amerikanischen Aufschwung gekommen wäre, wird verkannt, daß ohne diesen Zufluß der Dollar nicht so hoch bewertet worden, die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit stärker und die Leistungsbilanz weniger defizitär gewesen wäre. Die Zusammensetzung des Sparens, wie sie die Tabelle Sparen und Investieren ausweist, wäre dann anders gewesen. Der Verschuldung des Staates hätte ein weniger großes Sparen des Auslands und ein noch größeres Sparen der Unternehmen gegenübergestanden. An Kapital zur Investitionsfinanzierung hätte es auch in diesem Fall nicht gemangelt, und die Fremdfinanzierung der Investitionen wäre noch geringer gewesen. Die vom Staatsdefizit ausgehenden anregenden Wirkungen wären weniger stark durch das Leistungsbilanzdefizit absorbiert worden und hätten noch stärker die amerikanischen Unternehmen begünstigt.

So gesehen trug der Zustrom von Auslandskapital in die USA nicht zur Kräftigung, sondern zur Schwächung des amerikanischen Aufschwungs bei. Er bewirkte, daß ein beachtlicher Teil der Nachfrageexpansion in den USA dem Ausland zugute kam, somit also nicht eine Expansion in diesen Ländern wegen Kapitalmangels verhindert, sondern über die Exportentwicklung in Gang gesetzt wurde. Allerdings reichte dies nicht aus, in Westeuropa einen ähnlich kräftigen Wirtschaftsaufschwung einzuleiten wie in den USA, da die Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Regierungen zu restriktiv war.

Damit blieb aber das konjunkturelle Wechselspiel aus, bei dem die weltwirtschaftliche Expansion an Breite gewonnen hätte und die voraneilende Volkswirtschaft durch das Aufschließen anderer Länder vor hartnäckigen Außenwirtschaftsschwierigkeiten bewahrt worden wäre. Der Kapitalstrom in die USA hätte bei einem solchen Wechselspiel nicht so lange angehalten. Bei einer stärker-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern

Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIG- KEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN					
	IN LANDESWAERHUNG															IN SZR		
	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986	1984	1985	1986			
BUNDESREPURLTK DEUTSCHLAND	9.1	6	8.5	3.0	4	4	6.3	3.5	5.5	0.3	1.5	1.5	-6.1					
FRANKREICH	12.8	10.5	11.5	7.5	6.5	6	11.3	9	9.5	6.0	5	4	-3.6					
GROSSBRITANNIEN	6.4	4.5	4	6.7	8.5	8	3.9	1.5	2	4.2	5.5	6	-4.3					
ITALIEN	15.7	11	14	14.0	10.5	8.5	13.0	8.5	11.5	11.3	8	6	0.3					
NIEDERLANDE	13.7	10	10	1.5	1.5	1.5	11.5	8	7.5	-0.5	-0.5	-1	-7.7					
BELGIEN	12.8	10	11	5.5	4.5	4	10.5	8	9	3.4	2.5	2	-4.6					
DAENEMARK	16.2	11	10	7.9	5.5	5	11.4	8	7.5	3.4	3	2.5	-4.8					
GRIECHENLAND	24.6	22	18.5	18.0	16.5	16	21.6	19.5	16	15.1	14	13.5	-6.2					
IRLAND	15.7	12.5	14.5	9.5	8.5	7.5	12.4	9	11	6.3	5.5	4.5	-3.5					
3) EG	11.7	8.5	10	6.8	6.5	6	8.9	6	7	3.7	3.5	3	-4.6					
3) EG OHNE BRD	12.7	10	10.5	8.3	7.5	7	9.9	7	7.5	5.2	4.5	4	-3.9					
SCHWEDEN	19.6	9	11.5	9.5	8	7	16.1	6.5	9.5	6.3	6	5	2.8					
SCHWEIZ	8.7	9	9	4.0	4	4	6.1	6.5	6	1.5	1.5	1.5	-5.4					
OESTERREICH	8.5	12	13.5	5.4	5	4.5	6.2	9	10	3.2	2	1.5	-3.4					
NORWEGEN	17.5	9.5	10.5	8.3	6.5	6	13.2	7	7.5	4.3	4	3	-2.8					
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIELAENDER	11.8	9	10	6.8	6.5	6	9.1	6	7	3.7	3.5	3	-4.2					
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIEL.O.BRD	12.7	10	10.5	8.0	7.5	6.5	10.1	7	8	4.9	4	3.5	-3.6					
USA	19.0	7	9	9.5	6.5	6.5	11.4	4	6	2.5	3.5	4	6.9					
KANADA	13.2	7	7.5	6.2	5.5	5.5	8.2	4	5	1.5	2.5	3	0.7					
JAPAN	11.8	5	5	5.5	6.5	6.5	5.7	0.5	1	-0.3	2	2.5	4.0					
AUSSEREUROP. 3) INDUSTRIELAENDER	16.7	6.5	7.5	8.4	6.5	6.5	9.0	2.5	4.5	1.4	2.5	3	4.9					
3) INSGESAMT	14.9	7	8.5	7.8	6.5	6.5	9.0	5	6	2.8	3	3	-0.7					
3) INSGESAMT O.BRD	15.5	7.5	8.5	8.3	6.5	6.5	9.6	5	6	3.3	3.5	3.5	0.3					

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-
2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-3)GEWICHTET
MIT 1983ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA -
DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

QUELLEN: SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW.
GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

ren Expansion in Westeuropa wäre die Kapitalanlage auch hier attraktiver geworden. Die Wechselkursrelationen wären dann weniger verzerrt und die Leistungsbilanzen ausgeglichener gewesen.

Nicht nur die Wirtschaft Westeuropas, sondern auch die der USA leidet nun an den Folgen der halbherzigen Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Regierungen. Da die USA durch die Entwicklung in den anderen Ländern keine Entlastung erfahren, suchen sie nach einem Weg, auf dem eine Fortsetzung der Expansion möglich wäre, ohne daß Nachfrage- und Produktionsentwicklung weiterhin stark auseinanderlaufen und die übrigen Länder von der Nachfrageexpansion in den USA stärker profitieren als die USA selbst. Auf einem solchen Weg wäre es vor allem notwendig, auf ein weiteres Sinken des Dollarkurses hinzuwirken, um damit die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Hierzu wird auch die Politik der relativ reichlichen Geldversorgung beitragen, die bereits zu Zinssenkungen geführt hat und die Kapital-

anlage in den USA weniger attraktiv macht. Der Federal Reserve Board verfolgt mithin eine recht pragmatische, den konjunkturellen Erfordernissen angepaßte Geldpolitik und hält nicht dogmatisch an zu engen monetaristischen Regeln fest.

Die USA stehen dabei allerdings vor einem Dilemma. Eine fühlbare Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit setzt eine starke Dollarabwertung voraus. Obwohl die USA weniger außenwirtschaftsabhängig sind als andere Länder, beschworste dies aber die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung herauf. Der Federal Reserve Board wird daher bemüht sein, durch seinen geldpolitischen Kurs auf eine nur allmähliche Senkung des Dollarkurses hinzuwirken. Dabei muß er in Kauf nehmen, daß das amerikanische Leistungsbilanzdefizit vorerst hoch bleibt. Aber auch eine Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit in nur kleinen Schritten wird dazu beitragen, daß Nachfrage- und Produktionsentwicklung in den USA weniger als bisher auseinanderlaufen.

Bei erheblich gelockerter Geldpolitik und weiterhin beachtlicher Zunahme der öffentlichen Ausgaben sprechen die wirtschaftspolitischen Grundbedingungen in den USA für eine Fortsetzung der Nachfrageexpansion in diesem Jahr, die sich zunehmend auch in der Produktionsentwicklung widerspiegeln wird. Verglichen mit dem starken Wachstum im vergangenen Jahr wird die Expansion jedoch nur moderat sein. Dies gilt auch für die wahrscheinliche Entwicklung im nächsten Jahr. Sie wird vor allem durch die Bemühungen der amerikanischen Regierung um Haushaltskonsolidierung und das Bestreben des Federal Reserve Board, eine stärkere Inflationsbeschleunigung zu verhindern, geprägt sein, also durch wirtschaftspolitische Bedingungen, die starkes Wachstum kaum zulassen werden. Zu einem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit wird es deshalb in diesem und im nächsten Jahr nicht mehr kommen.

Auch in *Westeuropa* ist die wirtschaftliche Expansion nur schwach. Anders als in den USA ging ihr aber im letzten Jahr kein stürmisches Wachstum voraus. In allen westeuropäischen Ländern fehlt es an einer Politik, die darauf hinwirkt, daß die Wirtschaft auf steilerem Pfad expandiert. Den westeuropäischen Volkswirtschaften ist gemeinsam, daß die gegenwärtige Expansion in erster Linie durch die Exportentwicklung getragen wird. Sie strahlte zudem auf die Investitionen aus, wobei es aber nicht zu einem ähnlichen Investitionsaufschwung wie in den USA kam, der auch die Erweiterungsinvestitionen erfaßte. Im Vordergrund stand vielmehr die Modernisierung der Produktionsanlagen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Überdies gelang es in den meisten Ländern nicht, die Basis der Expansion so zu verbreitern, daß auch der private Verbrauch ausreichend zunahm. Bei insgesamt nur mäßiger Expansion konnte in Westeuropa die Arbeitslosigkeit nicht vermindert werden, sie nahm im Gegenteil weiter zu.

Neben dieser gemeinsamen Grundtendenz sind allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu erkennen. Die Tabelle, in der das Sparen und Investieren in den größeren Volkswirtschaften gegenübergestellt wird, zeigt, daß die einzelnen Länder vom Leistungsbilanzdefizit der USA in unterschiedlichem Maße profitieren. Den größten Leistungsbilanzüberschuß erzielt Japan. Aber auch die Bundesrepublik Deutschland schließt mit einem beachtlichen Aktivsaldo der Leistungsbilanz ab. Großbritannien, dessen Währung lange Zeit sehr hoch bewertet war und erst in letzter Zeit unter stärkeren Abwertungsdruck geriet, weist nur einen kleinen Überschuß auf. Die Leistungsbilanz Frankreichs tendiert — trotz vorübergehender Verschlechterung — zum Ausgleich, während Italien zunehmend mit Defiziten zu kämpfen hat.

Vergleicht man die Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos (Sparen des Auslands) mit der des Staatsdefizits (Entsparen des Staates), so fällt auf, daß nur in den Ländern das Staatsdefizit allmählich verringert wurde, wo der

Aktivsaldo der Leistungsbilanz hoch war und im Trend zunahm. Dagegen bereitet es Volkswirtschaften, deren Leistungsbilanzentwicklung weniger günstig ist, große Schwierigkeiten, das staatliche Haushaltsdefizit im gewünschten Maße abzubauen. Der Leistungsbilanzüberschuß konnte sich in einigen Ländern nur erhöhen, weil die USA ein stark steigendes Leistungsbilanzdefizit bei hohem Passivsaldo des Staatshaushalts hinnahmen. Diese Länder hatten es leicht, Konsolidierungserfolge zu erzielen; denn die USA trugen zunehmend die Last der Konjunkturstützung in der westlichen Welt.

Damit stellt sich die Frage, ob nicht zumindest die Länder, die von der amerikanischen Entwicklung am meisten profitieren, nun einen größeren Beitrag zur Konjunkturanregung leisten sollten. Genügend Spielraum für anregende Maßnahmen bietet hier der hohe Bedarf an Infrastruktur- und Umweltinvestitionen. Allerdings sind in *Japan* die Konjunkturaussichten auch ohne erneute wirtschaftspolitische Stimulierung noch immer recht günstig. Auch künftig werden aber vom Export die stärksten expansiven Impulse erwartet. Zwar wird der Wirtschaftsaufschwung nun auch von der Entwicklung der Inlandskomponenten — den Unternehmensinvestitionen und dem privaten Verbrauch — getragen, doch wäre eine weitere Umschichtung zu den Inlandskomponenten als Beitrag zum Abbau der hohen Leistungsbilanzsalden in einigen Ländern wünschenswert. Dies ist freilich ohne wirtschaftspolitische Aktivitäten, die die Inlandsnachfrage und damit auch den Import stimulieren, nicht zu erreichen.

Das relativ hohe Staatsdefizit in *Großbritannien* gibt der britischen Regierung zwar keinen großen Spielraum für eine anregende Wirtschaftspolitik. Anders als in den USA ist das Staatsdefizit in Großbritannien aber nicht Folge einer stark expansiven Finanzpolitik. Nachdem das Defizit des Staatshaushalts rezessionsbedingt Anfang der achtziger Jahre stark gestiegen war, gelang es danach trotz relativ zurückhaltender Gestaltung der staatlichen Ausgaben nicht, es erheblich zu vermindern, weil bei — im Vergleich zu den USA — moderatem Aufschwung die Steuereinnahmen ebenfalls nur verhalten zunahmen.

Wenn die wirtschaftliche Expansion in diesem Jahr in Großbritannien etwas kräftiger sein wird als in den anderen westeuropäischen Ländern, so kommt hierin nicht eine stärkere wirtschaftspolitische Aktivität der britischen Regierung zum Ausdruck. Vielmehr wird die Expansion gegenwärtig durch eine beachtliche Exportzunahme stimuliert, die nicht zuletzt dem Sinken des Pfundkurses zu danken ist. Darüber hinaus hat das Wachstum in Großbritannien eine etwas breitere Basis erhalten, weil der private Verbrauch bei steigenden Realeinkommen der privaten Haushalte nun verstärkt zunimmt. Bei unterausgelastetem Produktionspotential führte die steigende Konsumgüternachfrage nicht zu beschleunigtem Preisauftrieb, sondern zu einer wachsenden Konsumgüterpro-

Sparen und Investieren in ausgewählten Ländern
in vH des Bruttosozialprodukts

	1983	1984	1985	1986		1983	1984	1985	1986
<u>Bundesrepublik Deutschland</u>					<u>USA</u>				
Sparen der Haushalte	7,2	7,3	7,3	7,2	Sparen der Haushalte	3,5	4,3	4,2	4,2
Sparen des Staates ¹⁾	-0,8	-0,5	0,3	0,3	Sparen des Staates ¹⁾	-4,1	-3,4	-3,7	-3,8
Sparen des Auslands ²⁾	-0,5	-0,8	-1,9	-2,4	Sparen des Auslands ²⁾	1,3	2,7	3,1	3,5
Sparen der Unternehmen	2,5	2,8	2,4	3,0	Sparen der Unternehmen	3,7	4,5	5,8	6,0
Abschreibungen	12,6	12,6	12,6	12,6	Abschreibungen	11,4	10,8	11,0	11,0
Bruttoinvestitionen ³⁾	21,0	21,4	20,7	20,7	Bruttoinvestitionen ³⁾	15,8	18,9	20,4	20,9
Fremdfinanzierung der Investitionen	5,9	6,0	5,7	5,1	Fremdfinanzierung der Investitionen	0,7	3,6	3,6	3,9
<u>Frankreich</u>					<u>Kanada</u>				
Sparen der Haushalte	11,1	10,2	10,6	10,1	Sparen der Haushalte	9,1	8,7	8,3	8,1
Sparen des Staates ¹⁾	-3,1	-2,8	-3,2	-3,4	Sparen des Staates ¹⁾	-4,3	-3,8	-3,7	-3,5
Sparen des Auslands ²⁾	0,8	0,0	-0,1	-0,5	Sparen des Auslands ²⁾	-0,4	-0,5	-0,5	-0,7
Sparen der Unternehmen	-0,7	1,8	1,2	2,8	Sparen der Unternehmen	3,0	2,6	2,7	2,9
Abschreibungen	12,0	12,0	12,0	12,0	Abschreibungen	12,2	12,3	12,3	12,3
Bruttoinvestitionen ³⁾	20,1	21,2	20,5	21,0	Bruttoinvestitionen ³⁾	19,6	19,3	19,1	19,1
Fremdfinanzierung der Investitionen	8,8	7,4	7,3	6,2	Fremdfinanzierung der Investitionen	4,4	4,4	4,1	3,9
<u>Großbritannien</u>					<u>Japan</u>				
Sparen der Haushalte	7,4	8,0	8,2	8,5	Sparen der Haushalte	12,8	14,0	14,6	15,2
Sparen des Staates ¹⁾	-3,5	-4,0	-3,6	-2,9	Sparen des Staates ¹⁾	-3,5	-2,6	-1,4	-0,5
Sparen des Auslands ²⁾	-0,8	-0,1	-0,3	-0,4	Sparen des Auslands ²⁾	-1,8	-2,8	-3,2	-3,4
Sparen der Unternehmen	1,3	1,0	1,0	0,2	Sparen der Unternehmen	7,5	6,3	4,3	2,7
Abschreibungen	12,1	12,1	12,1	12,1	Abschreibungen	13,6	13,7	13,7	13,7
Bruttoinvestitionen ³⁾	16,5	17,0	17,4	17,5	Bruttoinvestitionen ³⁾	28,6	28,6	28,0	27,7
Fremdfinanzierung der Investitionen	3,1	3,9	4,3	5,2	Fremdfinanzierung der Investitionen	7,5	8,6	10,0	11,3
<u>Italien</u>									
Sparen der Haushalte	18,5	18,9	18,9	18,4					
Sparen des Staates ¹⁾	-12,4	-13,5	-13,1	-13,1					
Sparen des Auslands ²⁾	-0,1	0,8	1,2	0,9					
Sparen der Unternehmen	0,8	-0,4	-2,6	-2,1					
Abschreibungen	10,6	10,8	10,8	10,8					
Bruttoinvestitionen ³⁾	17,4	16,6	15,2	14,9					
Fremdfinanzierung der Investitionen	6,0	6,2	7,0	6,2					

1) Haushaltsdefizit des Staates (-).- 2) Überschuß der Leistungsbilanz (-).- 3) Einschl. Lagerinvestitionen.

Quellen: Nationalstatistiken; OECD Economic Outlook.

duktion. Dies hatte auch positive Rückwirkungen auf die Unternehmensinvestitionen.

Allerdings hat sich in den letzten Jahren in Großbritannien die Einkommensverteilung nicht mehr — wie in fast allen anderen westeuropäischen Ländern — zugunsten der Unternehmen verändert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit hierdurch deren Investitionsneigung beeinträchtigt wird. Im nächsten Jahr dürfte sich aber die wirtschaftliche Expansion schon deswegen wieder abschwächen, weil sich die Exportzunahme kaum im bisherigen Tempo fortsetzen wird.

In *Frankreich* ist die konjunkturelle Erholung bisher nicht in den von der Regierung erhofften Aufschwung eingemündet. Die Industrieproduktion dürfte im ersten Halbjahr 1985 annähernd stagniert haben. Die Arbeitslosigkeit ist trotz verschiedener beschäftigungspolitischer Maßnahmen höher als im Vorjahr.

Bei etwa gleichbleibend schwachem Wachstum des Bruttosozialprodukts veränderte sich allerdings der Beitrag der einzelnen Komponenten. Während die Ausrüstungsinvestitionen stärker gestiegen sind, nahmen die Exporte abgeschwächt zu, und die Importe wuchsen wieder beschleunigt. Mit der Verringerung des Wachstumsabstands zu den wichtigsten Industrieländern ist es schwieriger geworden, die außenwirtschaftliche Sanierung im gleichen Tempo wie in den letzten beiden Jahren fortzusetzen, zumal der Preisanstieg immer noch über dem Durchschnitt der bedeutendsten Handelspartner liegt.

Solange die Regierungen der anderen Länder ebenfalls keine wirtschaftspolitischen Aktivitäten entfalten, sieht die Regierung nur begrenzte Möglichkeiten, die Binnennachfrage zur Stützung der Konjunktur zu stimulieren. Der Konsum der privaten Haushalte ist trotz der Erhöhung der verfügbaren Einkommen durch die Steuer senkung nur wenig gestiegen; offensichtlich hat die Sparneigung wieder zugenommen.

Da einerseits die erreichte Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation nicht aufgegeben werden und das Haushaltsdefizit nicht wesentlich erhöht werden sollen, andererseits aber die anhaltende Verschlechterung

des Arbeitsmarktes vor allem mit Blick auf die Wahlen im nächsten Jahr zum Handeln zwingt, dürfte die Regierung zunächst weiterhin zu direkten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Zuflucht nehmen. Darüber hinaus bestehende Hoffnungen, mit einem deutlicheren Wirtschaftsaufschwung bei den europäischen Handelspartnern auch wieder mehr Spielraum für eine stärker binnenwirtschaftlich orientierte Wachstumspolitik zu gewinnen, sind gegenwärtig ohne Basis. Für nächstes Jahr dürfte daher nur ein geringfügig höheres Wirtschaftswachstum zu erwarten sein.

Etwas stärker war im vergangenen Jahr und im bisherigen Verlauf dieses Jahres das Wachstum des Bruttosozialprodukts in *Italien*. Zwar hat sich der Anstieg der Industrieproduktion zu Jahresbeginn noch einmal beschleunigt und war mit rund 7 vH im europäischen Vergleich recht kräftig. Aber Auftragseingänge und Umfragen lassen eine Abschwächung im Sommerhalbjahr erwarten. Die Leistungsbilanz hat sich in den letzten Monaten deutlich passiviert. Hierfür dürfte nicht nur die lebhaftere Binnennachfrage, sondern auch die immer noch hohe Inflationsrate verantwortlich sein, da starke Preis- und Kostendivergenzen auf längere Sicht bei wenig variablem Wechselkurs auch bei einer flexiblen Exportpreispolitik der italienischen Unternehmen nur schwer überspielt werden können.

Die italienische Notenbank könnte sich bei einer weiteren Verschlechterung der Leistungsbilanz veranlaßt sehen, ihre relativ expansive Geldmengenausweitung wieder einzuschränken. Dadurch würde aber auch die weitere Entwicklung der Binnennachfrage gedämpft, und eine Beeinträchtigung der in den letzten Monaten lebhaften Investitionstätigkeit wäre zu befürchten. Zwar ist eine rasche Abschwächung des Wirtschaftswachstums noch nicht zu erwarten, da die italienische Wirtschaft trotz aller Probleme eine gewisse Eigendynamik entfaltet. Jedoch wird das Wachstum im kommenden Jahr ohne ein entsprechendes „Mitziehen“ der wichtigsten Partnerländer mit 2 bis 2,5 vH nur knapp so hoch sein wie in diesem Jahr. Dies reicht nicht aus, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verhindern.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunkturelle Erholung geht weiterhin am Arbeitsmarkt vorbei

Für die Bundesrepublik Deutschland begann das Jahr 1985 mit einem scharfen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die aufwärtsgerichtete konjunkturelle Grundtendenz wurde unterbrochen. Dies war vor allem Folge der extremen Witterung; hinzu kamen die vorübergehende Stagnation der Ausfuhr — wohl Reflex auf die vorangegangene besonders starke Expansion — sowie die Zurückhaltung beim privaten Konsum. Der Rückgang der Käufe von Personenkraftwagen wurde durch die Unsicherheit über die Regelungen bei der Einführung schadstoffarmer Autos verursacht, Kaufzurückhaltung war aber auch bei anderen Gebrauchsgütern zu beobachten.

Von allen Verwendungsbereichen des Bruttosozialprodukts sind im ersten Viertel dieses Jahres allein die Ausrüstungsinvestitionen weiter gestiegen. Die Bauinvestitionen hingegen sanken saisonbereinigt um über 13 vH, insgesamt gingen die Brutto-Anlageinvestitionen im Jahresanfangsquartal um 7 vH zurück. Das Bruttosozialprodukt nahm um 1,5 vH ab.

Für den Arbeitsmarkt bedeutete der Produktionsrückgang im Jahresanfangsquartal einen empfindlichen Rückschlag. Die Zahl der Arbeitslosen war im Januar und Februar — nicht saisonbereinigt — höher als 2,6 Millionen. Saisonbereinigt waren dies rund 2,3 Millionen, und seitdem ist diese Zahl weiter gestiegen, weil der Abbau der Arbeitslosigkeit in den Frühjahrsmonaten geringer war als üblich.

Durch die Witterungseffekte wurde auch die Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen beeinträchtigt. Dennoch war aufgrund höherer Entnahmen der Anstieg des nominalen verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte etwas stärker als der gleichzeitige Preisauftrieb; wegen der schon genannten Sonderfaktoren wurde dieser Spielraum indes nicht für vermehrte Käufe genutzt, vielmehr wurden die finanziellen Rücklagen der Haushalte verstärkt erhöht.

Die Preisentwicklung stand in den ersten Monaten dieses Jahres unter dem Einfluß witterungsbedingter Verteuerungen und eines zeitweilig extrem hohen Wechselkurses des Dollars mit einer darauf zurückgehenden kräftigen Erhöhung der Einfuhrpreise. Ein Indiz für die inzwischen hohe Stabilität des Preisniveaus in der Bundesrepublik Deutschland ist, daß sich dennoch der Anstieg der Verbraucherpreise nur wenig beschleunigt hat. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Preissteigerungsrate von rund 2 vH zu Ende des Jahres 1984 auf rund 2,5 vH in den letzten Monaten. Angesichts der insgesamt schwachen Entwicklung des privaten Verbrauchs verwundert dieses Ergebnis freilich nicht.

Im Frühjahr hat die Konjunktur in der Bundesrepublik wieder Anschluß an die Aufwärtsentwicklung gefunden.

Dies kommt in dem kräftigen Anstieg des Auftragseinganges beim verarbeitenden Gewerbe sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland zum Ausdruck. Deutlicher als zu Jahresbeginn zeigen die Indikatoren der kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklung aber auch, daß der konjunkturelle Auftrieb weiterhin vor allem von der Nachfrage des Auslands getragen wird. Zwar ist im zweiten Viertel dieses Jahres die Nachfrage der Konsumenten und Investoren wieder gestiegen, doch blieb insgesamt die Ausweitung der Inlandsnachfrage erheblich schwächer als die der Ausfuhr: Nach vorläufigen Schätzungen ist das reale Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal saisonbereinigt um etwa 1,5 vH gestiegen, der Export von Waren und Dienstleistungen jedoch um mehr als 2 vH, die Güterverwendung im Inland nur um 0,5 vH.

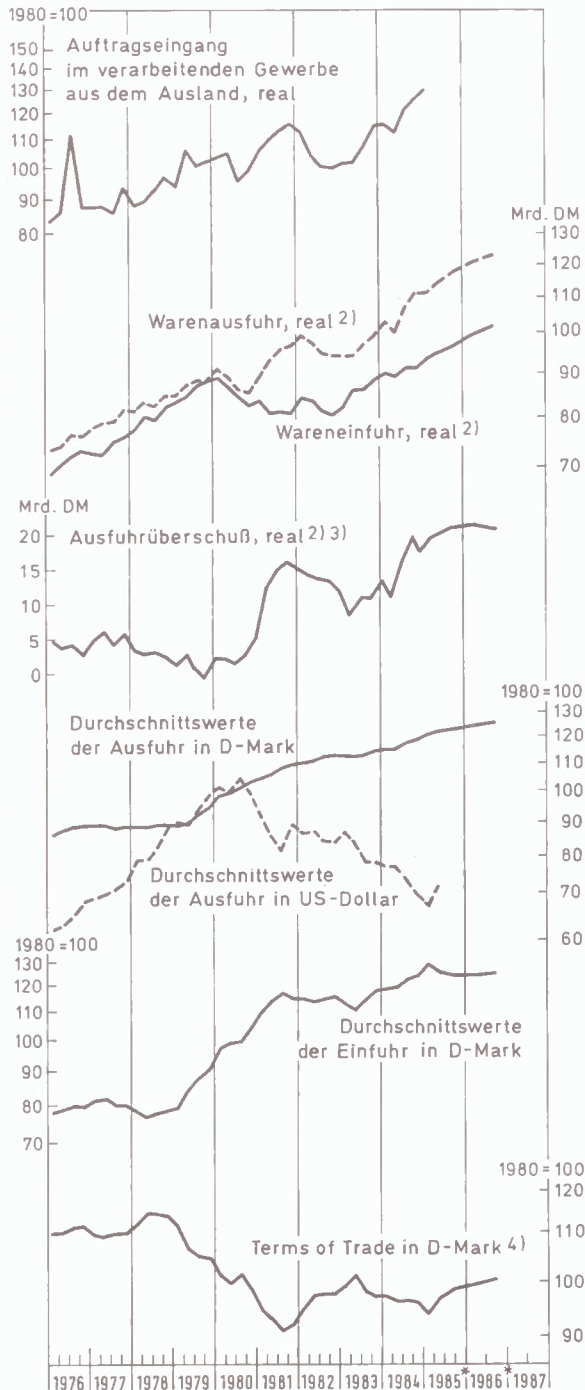
Für die wichtigsten wirtschaftlichen Daten im ersten Halbjahr 1985 zeichnet sich damit das folgende Bild ab: Die Produktionseinbußen zu Jahresbeginn konnten bis zur Jahresmitte nicht wettgemacht werden. Das reale Bruttosozialprodukt war nur um knapp 2 vH höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit; ohne die erwähnten Störungen wäre die Wachstumsrate wohl um einen halben Prozentpunkt höher ausgefallen. Die realen Bauinvestitionen haben trotz der saisonbedingten Steigerung nicht mehr den Anschluß an das Niveau vom zweiten Halbjahr 1984 gefunden. Bestimmend waren nun die seit längerer Zeit stark rückläufige Baunachfrage und die dabei extrem geschrumpften Auftragsbestände des Baugewerbes. Die realen Ausrüstungsinvestitionen haben dagegen in der ersten Jahreshälfte 1985 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit erheblich zugenommen; der Anstieg dürfte deutlich über 10 vH gelegen haben. Die Brutto-Anlageinvestitionen insgesamt waren dennoch nicht höher als ein Jahr zuvor. Weitgehend überwunden ist seit dem Frühjahr die Kaufzurückhaltung der potentiellen Käufer von Personenkraftwagen. Damit verbunden war ein relativ kräftiger Anstieg des privaten Verbrauchs, so daß der reale Verbrauch in der ersten Jahreshälfte etwas höher gewesen ist als vor Jahresfrist.

Angehalten hat die Tendenz zur Vergrößerung der außenwirtschaftlichen Überschüsse. Bei weit überdurchschnittlichem Anstieg der realen Ausfuhr von Waren und Diensten — im Vorjahresvergleich um 9 vH — und nur halb so starker Zunahme der realen Einfuhr stieg der Außenbeitrag im Vorjahresvergleich um 12 auf 36 Mrd. DM. Dabei dürfte in der Leistungsbilanz ein Überschuß von fast 10 Mrd. DM entstanden sein.

Die Produktionsstruktur in der Bundesrepublik hat sich weiter zugunsten der Erzeugung von Investitionsgütern verschoben. Sowohl bei den Exporten als auch innerhalb der inländischen Nachfragekomponenten haben die Ausrüstungsgüter wachsende Bedeutung. Beim verarbeiten-

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saisonbereinigte Werte ¹⁾



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 2) Spezialhandel, in Preisen von 1980. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — 3) Linearer Maßstab. — 4) Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte. —

* Ab. 2. Quartal 1985 Vorausschätzung des DIW.

DIW 85

den Gewerbe wurde der Produktionsanstieg allein vom Investitionsgüterbereich getragen; Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, mehr aber noch die des Verbrauchsgütergewerbes standen nach wie vor im konjunkturellen Schatten. In der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsentwicklung zeigte sich diese Differenzierung, die durch die negative Entwicklung der Bauproduktion noch akzentuiert wurde, in sehr ausgeprägter Weise. Während sich der leichte Anstieg der Beschäftigtenzahl in den meisten Bereichen des tertiären Sektors fortsetzte, erhöhte sich im sekundären Sektor die Beschäftigtenzahl nur im Investitionsgüterbereich. In den übrigen Industriegruppen war sie auch in der ersten Hälfte dieses Jahres niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im Baugewerbe betrug der Rückgang mehr als 5 vH. Insgesamt war jedoch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer erstmals seit 1980 etwas höher als ein Jahr zuvor.

Zweites Halbjahr 1985: Weiterhin Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Die Bedingungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung im weiteren Verlauf dieses Jahres erscheinen als relativ günstig:

- Vom Welthandel werden weiterhin Impulse ausgehen. Die nach wie vor hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft — der Kurs des US-Dollars zur D-Mark dürfte auch im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht weit unter 1 : 3 sinken — und die bevorzugte Stellung der Investitionsgüter bei der Importnachfrage der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik sprechen dafür, daß die deutschen Anbieter überdurchschnittlich an der Expansion des Welthandels beteiligt sein werden.
- Bei der Geldpolitik wird angenommen, daß die Zentralbankgeldmenge weiterhin am oberen Rand des Zielkorridors ausgeweitet wird und daß die Bundesbank auch auf mögliche Überschreitungen des oberen Randes nicht mit hektischen Maßnahmen reagiert. Die Kapitalmarktzinsen werden unter diesen Bedingungen weiter zurückgehen.
- Für die Finanzpolitik gilt die Annahme, daß sie ihren bisherigen Kurs einer nur geringen Ausweitung der Ausgaben fortsetzt. Die gegenwärtige Diskussion über die Frage eines stärkeren Engagements der Finanzpolitik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dürfte nicht zu Entscheidungen führen, die noch in diesem Jahr ein deutliches Abrücken von diesem Kurs und eine fühlbare Verstärkung der öffentlichen und der von der öffentlichen Hand angeregten Investitionen zur Folge hätten.
- Die Entwicklung der Lohn- und Tarifpolitik vollzieht sich weiterhin in ruhigen Bahnen. Die effektiven Lohn-

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr		
	1984	1985	1986	1984	1985	1986
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM) ¹⁾	1 299,7	1 327	1 360,5	2,6	2	2,5
Güterverwendung im Inland, real (Mrd. DM) ¹⁾	1 237,4	1 247,5	1 276	1,7	1	2,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (Tsd. Personen)	21 882	21 970	22 075	-0,3	0,5	0,5
Arbeitslose (Tsd. Personen)	2 266	2 315	2 270	.	.	.
Arbeitslosenquote (vH) ²⁾	9,4	9,5	9,3	.	.	.
Verbraucherpreise ³⁾	.	.	.	2,4	2,5	2,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM) ⁴⁾	17,7	37	48	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-40,9	-27,5	-29,5	.	.	.

1) In Preisen von 1976. - 2) Bezogen auf alle Arbeitnehmer. - 3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. - 4) Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: 1985 und 1986 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

steigerungen liegen knapp oberhalb der zu erwartenden Preissteigerungsrate, so daß es zu einer leichten Erhöhung auch der realen Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer kommt.

Die Expansion der realen *Warenausfuhr* wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres von dem zuletzt erreichten hohen Niveau aus zügig fortsetzen. Der Export wird dabei Motor der konjunkturellen Erholung bleiben. Dafür sprechen nicht nur die im ersten Tertial kräftig gestiegenen Auftragseingänge aus dem Ausland, sondern auch die Entwicklung der Weltkonjunktur. Der — wenn auch schwache — konjunkturelle Nachfrageanstieg in den Industrieländern kommt hauptsächlich den Produzenten von Investitionsgütern zugute. Aus den OPEC-Ländern sowie den übrigen Entwicklungsländern ist wohl nur mit stagnierender Nachfrage zu rechnen; Devisenmangel wirkt hier weiterhin bremsend. Die Ausfuhren in die Staatshandelsländer werden weiter langsam zunehmen. Im gesamten Jahr 1985 dürfte dabei der reale Warenexport um 9 vH über dem Vorjahresniveau liegen. Der unverändert hohe jahresdurchschnittliche Zuwachs beruht aber zu einem großen Teil auf dem sogenannten Überhang, der sich aus der steilen Aufwärtsbewegung im Vorjahr ergeben hat. In laufender Betrachtung wird das Tempo des Exportwachstums doch spürbar niedriger sein als 1984.

Die Brutto-Anlageinvestitionen werden sich im weiteren Jahresverlauf differenziert entwickeln. Bei den *Ausrüstungsinvestitionen* ist mit einem fortgesetzten kräftigen Anstieg zu rechnen. Dafür spricht der Verlauf der Inlandsaufträge bei der Industrie; dort haben seit Ende vorigen Jahres die Auftragseingänge in der elektrotechnischen Industrie weiterhin stark, beim Maschinenbau sogar beschleunigt zugenommen. Nach wie vor sehr zügig bestellt worden sind Güter des Bereichs Büromaschinen,

Datenverarbeitungsanlagen und -einrichtungen. Weit überdurchschnittlich dürften in diesem Jahr die Ausrüstungsinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes selbst zunehmen. Das reale Wachstum wird hier zweistellige Raten erreichen. Kräftige Impulse gehen außerdem von der regen Investitionstätigkeit der Deutschen Bundespost und der Bundesbahn aus. In den anderen Wirtschaftsbereichen wird es dagegen wohl keine nennenswerte Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen geben.

Die *Bauinvestitionen* sind und bleiben in ihrer Tendenz abwärtsgerichtet. Dabei spielen nicht nur konjunkturelle Faktoren eine Rolle, sondern auch strukturelle; denn mittelfristig befindet sich die Bauwirtschaft in einem Umstellungsprozeß, bei dem der Baubedarf in einigen Bereichen dauerhaft niedriger ist als bisher. Wegen des tiefen Einbruchs zu Jahresbeginn wird die Grundtendenz in den Sommermonaten überlagert: Der saisonbereinigte Anstieg von Bauproduktion und Bauinvestitionen im zweiten und wohl auch noch im dritten Viertel dieses Jahres ist ein Reflex hierauf und nicht Ausdruck einer verbesserten Nachfragesituation. Diese hat sich — sowohl gemessen an den Auftragseingängen als auch an den Auftragsbeständen — bis zuletzt weiter verschlechtert. Nach dem Ifo-Konjunkturtest betrug die Reichweite des Auftragsbestands im April zwei Monate, weniger als je zuvor in einem April.

Bestimmt wird die ungünstige Entwicklung der Bauinvestitionen von der Wohnbautätigkeit; hier machen sich gleichzeitig mittelfristige Sättigungstendenzen im Neubau und die Reaktionen auf die in den Jahren 1983 und 1984 vorgezogenen Investitionen bemerkbar. Im Durchschnitt dieses Jahres dürften die realen Wohnungsbauinvestitionen um etwa 8 vH niedriger ausfallen als im Jahr 1984. Überdurchschnittlich werden dabei die Leistungen des Bauhauptgewerbes sinken, aber auch das Ausbau-

Entwicklung der Bauinvestitionen
zu Preisen von 1976

	1984	1985	1986
in Mrd. DM			
Wohnbauten	73,4	67,5	65,5
Wirtschaftsbauten	48,7	47	48
Staat	27,8	28	29
Insgesamt	149,8	142,5	142,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Wohnbauten	2,4	-8	-3
Wirtschaftsbauten	3,4	-3	2
Staat	-1,9	1	3,5
Insgesamt	1,9	-5	0
Quellen: 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; 1985 und 1986 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.			

gewerbe wird spürbar weniger produzieren als im Vorjahr.

Im Wirtschaftsbau wird das Produktionsniveau im Durchschnitt dieses Jahres ebenfalls niedriger sein als im Vorjahr; mit -3 vH hält sich der Rückgang hier aber in Grenzen. Die konjunkturelle Grundtendenz in diesem Sektor drückt er zudem nicht aus: Der Rückgang ist hier Reflex auf die im Vorjahr vorgezogenen Investitionen, die durch die befristete Investitionszulage bewirkt worden waren. Betrachtet über mehrere Jahre tendieren die realen Investitionen im Wirtschaftsbau leicht aufwärts; ein kräftiger Anstieg ist hier aber auch mittelfristig nicht in Sicht. Der spezifische Bedarf an Bauten sowohl bei Rationalisierungs- als auch bei Erweiterungsinvestitionen geht im Trend eher zurück.

Die öffentlichen Investitionen sollten gerade in einer Periode konstitutioneller Schwäche des Wohnungs- und des Wirtschaftsbaus eine kompensierende Funktion ausüben, um der Bauwirtschaft Wechselbäder zu ersparen. Die Indikatoren für die Baunachfrage des Staates deuten bisher allerdings nicht auf eine fühlbare Belebung hin. Gegenwärtig kann für den Jahresdurchschnitt 1985 mit einer geringen Steigerung der realen öffentlichen Investitionen — um etwa 1 vH — gerechnet werden. Dies markierte das Ende des jahrelangen Rückgangs. Das Investitionsvolumen wird jedoch im Durchschnitt dieses Jahres niedriger sein als 1983.

Die realen Bauinvestitionen insgesamt werden bei diesen Einzeltendenzen im Durchschnitt dieses Jahres um etwa 5 vH hinter ihrem Vorjahresergebnis zurückbleiben. Eine derartige Entwicklung der Produktion der Bauwirtschaft ist mit einem deutlichen Abbau von Kapazitäten und Beschäftigtenstand verbunden — eine Entwicklung,

die den Fortgang der konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik erheblich behindert.

Von der Einkommensseite her sind die Voraussetzungen für eine Zunahme des *privaten Verbrauchs* im weiteren Verlauf dieses Jahres etwas besser. Zwar wird das Arbeitsvolumen trotz leichten Anstiegs der Beschäftigtenzahl wegen der am 1. April in wichtigen Bereichen in Kraft getretenen Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden deutlich zurückgehen, aber die durchschnittlichen Lohnsatzsteigerungen werden das insgesamt überkompensieren. Auch die Transfereinkommen werden wieder stärker zunehmen, da sich die bremsende Wirkung staatlicher Konsolidierungsmaßnahmen weiter abschwächt. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im Jahresdurchschnitt 1985 um knapp 4 vH steigen, real bedeutet dies eine Zunahme von reichlich 1 vH, nach etwas weniger als 1 vH im Jahr 1984. Die Sparquote der privaten Haushalte wird gegenüber ihrem hohen Niveau vom Jahresbeginn deutlich sinken und damit im Jahresdurchschnitt etwa ebenso hoch sein wie 1984. Der aufgebaute Bedarf (Pkw, Einrichtungsgegenstände u.ä.) wird nun zwar verstärkt abgebaut, aber die stimulierenden Effekte für das gesamtwirtschaftliche Wachstum werden gering bleiben.

Die Unternehmen sehen sich in allen Wirtschaftszweigen mehr denn je veranlaßt, ihre *Lagerbestände* auf das technisch erforderliche Maß zu limitieren, bedingt durch die insgesamt doch eher ungünstigen Erwartungen für den Inlandsabsatz. Die Absatzsteigerungen im Auslandsgeschäft regen ebenfalls kaum zu verstärkter Vorratsbildung an, da der Exportanstieg von den Investitionsgütern getragen wird, bei denen eine Produktion auf Lager eher die Ausnahme darstellt.

Für die Entwicklung der *Einfuhr* spielt neben der nur relativ schwach steigenden Produktion im Inland weiterhin die niedrige internationale Bewertung der D-Mark eine Rolle: Auslandsgüter werden zugunsten von inländischen Produkten vom Inlandsmarkt verdrängt. Das in diesem Jahr zu erwartende Wachstum der Wareneinfuhr wird von den Investitionsgüterimporten bestimmt. Die relativ hohen Wachstumsraten in diesem Bereich ergeben sich allerdings nicht allein im Zusammenhang mit den steigenden Ausrüstungsinvestitionen, sondern auch wegen der zunehmenden internationalen Verflechtung bei der Produktion von Investitionsgütern.

Die reale Wareneinfuhr wird im Durchschnitt des Jahres 1985 mit 5 vH nur wenig mehr als halb so stark zunehmen wie die reale Warenausfuhr; die außenwirtschaftliche Überschußposition der Bundesrepublik wird sich weiter verstärken. Dazu wird auch beitragen, daß sich die Einfuhren in der zweiten Jahreshälfte 1985 wohl kaum noch verteuern werden, Industrierohstoffe könnten sich bei eher sinkendem Wechselkurs des US-Dollars sogar verbilligen. Für die Terms of Trade ist jedenfalls mit einer Verbesserung zu rechnen. Die Leistungsbilanz (i. S. der

VGR) dürfte im laufenden Jahr mit einem Überschuß von etwa 35 Mrd. DM abschließen (1984: + 13 Mrd. DM).

Alles in allem wird das reale *Bruttosozialprodukt* 1985 nur um gut 2 vH expandieren. Die witterungsbedingten Ausfälle zu Jahresbeginn waren insgesamt so extrem, daß es — trotz forcierter Produktion — im weiteren Verlauf des Jahres nicht gelingen wird, diese Verluste voll auszugleichen. Das Wachstumstempo wird dabei im Verlauf des zweiten Halbjahres mit 4 vH (Jahresrate) sehr kräftig sein. Die Produktion je geleistete Arbeitsstunde wird sogar noch stärker zunehmen, denn das Arbeitsvolumen wird wegen der Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit in wichtigen Bereichen zurückgehen. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl wird sich im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Neben der günstigen konjunkturellen Entwicklung im Investitionsgütergewerbe wird hierzu auch Mehrbedarf an Personal aufgrund der Arbeitszeitverkürzung beitragen. Gesamtwirtschaftlich wird dieser Effekt durch die weitergehenden Beschäftigungsverluste in der Bauwirtschaft abgeschwächt. Jahresdurchschnittlich werden etwa 90 000 Personen mehr beschäftigt sein als im Vorjahr; die Zahl der Arbeitslosen wird nochmals — auf mehr als 2,3 Millionen — zunehmen.

Ausblick auf die Entwicklung 1986

Eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im kommenden Jahr ist zu einem so frühen Zeitpunkt noch mit sehr großen Unsicherheiten belastet. Schon die Voraussetzungen, unter denen die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr geschätzt werden kann, haben im einzelnen ein unterschiedliches Maß an Sicherheit:

- Die Geldpolitik dürfte an ihrem Kurs relativer Stetigkeit festhalten. Hier wird unterstellt, daß das geldpolitische Ziel für 1986 sich nicht wesentlich von dem im Jahr 1985 unterscheidet.
- Für die Finanzpolitik liegen Eckdaten vor. Die Ausgaben werden demzufolge 1986 leicht verstärkt steigen, insbesondere diejenigen für Transferzahlungen und für öffentliche Investitionen. Auf der Einnahmenseite fällt die am 1. Januar 1986 wirksam werdende erste Stufe der Einkommensteuerreform ins Gewicht, die kassenmäßig zu Mindereinnahmen von knapp 10 Mrd. DM führen wird.
- In der Lohn- und Tarifpolitik zeichnet sich eine Fortsetzung des bisherigen Kurses ab: Die tariflichen Erhöhungen der Stundenlöhne dürften sich weiterhin im Bereich von 3 bis 3,5 vH bewegen. Damit einher gehen weitere Vereinbarungen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Zu schwerwiegenden tariflichen Konflikten kommt es dabei nicht, auch nicht in der Metallindustrie, in der im kommenden Jahr über eine weitere Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit verhandelt werden soll.
- Größere Unsicherheit ist in den letzten Monaten über die Weiterentwicklung der Konjunktur in den Industrieländern entstanden. Hier wird vorausgesetzt, daß das Sozialprodukt in den Industrieländern mit einer durchschnittlichen Rate von 2,5 vH etwas langsamer als 1985 zunimmt.
- Besonders schwierig ist eine zutreffende Annahme über den Kurs des US-Dollars. Angenommen wird hier eine Abschwächung der US-Währung gegenüber der D-Mark, keinesfalls aber ein Abrutschen des Wechselkurses. Im Europäischen Währungssystem könnte es 1986 zu einem Realignment kommen, wenn zu den aufgelaufenen Inflationsdifferenzen und den Handelsbilanzungleichgewichten Portfolioumschichtungen zugunsten der D-Mark im Zuge der Dollar-Abwertung hinzukommen.

Die außenwirtschaftlichen Bedingungen werden den *Export* der Bundesrepublik Deutschland dabei auch 1986 begünstigen, der Anstieg der Lieferungen an das Ausland wird jedoch nicht mehr so stark sein wie im laufenden Jahr. Eine gewisse Abschwächung ergibt sich einerseits aus dem verlangsamten Anstieg des Welthandels, andererseits daraus, daß die wichtigsten Lieferbereiche — auch im Zusammenhang mit der gleichfalls verstärkten Inlandsnachfrage — sich schon gegenwärtig der normalen Auslastung ihrer Produktionskapazitäten nähern. Nach dem Ifo-Konjunkturtest hat im gesamten Investitionsgütergewerbe der Auslastungsgrad im Frühjahr dieses Jahres 84 vH übertroffen; damit ist er gegenwärtig schon relativ hoch. Die weiterhin hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten wird es aber erlauben, die Produktion auch durch Überstunden zusätzlich zu erhöhen; die hiermit verbundenen Mehrkosten können bei den im Auslandsgeschäft zumeist günstigen Gewinnmargen getragen werden. Insgesamt dürfte die reale Warenausfuhr im kommenden Jahr, nach Steigerungsraten von jeweils über 9 vH in den beiden davorliegenden Jahren, nochmals um 6 vH expandieren. Der Anstieg der Ausfuhrpreise wird sich bei insgesamt weiterhin mäßigem Kostenauftrieb und einer international höher bewerteten D-Mark wahrscheinlich sogar abschwächen.

Die *Brutto-Anlageinvestitionen* werden im kommenden Jahr etwas stärker steigen als 1985. Den Ausschlag hierfür gibt die nicht mehr so ungünstige Entwicklung bei den Bauinvestitionen. Im Jahresdurchschnitt 1986 werden zwar die Wohnungsbauinvestitionen abermals — um schätzungsweise 3 vH — abnehmen; im Wirtschaftsbau und bei den staatlichen Investitionen ist jedoch mit einem Anstieg zu rechnen, der die Einbußen beim Wohnungsbau kompensiert.

Eine quantitative Vorausschätzung der Ausrüstungsinvestitionen wirft erhebliche Probleme auf. Die Finanzierungsbedingungen, d. h. die Entwicklung von Zinsen und selbst erwirtschafteten Mitteln der Unternehmen, lassen eine weitere zügige Ausweitung zu. Auf Schwierigkeiten

trifft die Einschätzung der Absatzerwartungen der Unternehmen, aber auch der Gründe für die gegenwärtig rasche Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen: Soweit hierfür Nachholbedarf und das Bestreben, die Produktionstechniken zu modernisieren, ausschlaggebend gewesen sind, ist die Nachhaltigkeit dieses Prozesses schwer zu bestimmen. Zu erwarten ist aber, daß mit der Dauer der konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik eine steigende Zahl von Unternehmen zu Erweiterungsinvestitionen übergehen wird. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen dürfte daher im Verlauf des kommenden Jahres kaum schwächer sein als in diesem; allerdings wird der Überhang zur Jahreswende 1985/86 geringer sein als ein Jahr zuvor, so daß die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen wahrscheinlich etwas niedriger ausfallen wird als in diesem Jahr. Mit einer Zunahme um etwa 8 vH wird gleichwohl eine weitere kräftige Niveauanhebung — Voraussetzung einer Verstärkung des Potentialwachstums — erreicht werden.

In der Finanzpolitik, die sich in den letzten Jahren darauf verlassen hatte, daß von der Auslandsnachfrage genügend Auftriebskräfte für die konjunkturelle Erholung kommen würden, um den Konsolidierungskurs fortsetzen zu können, werden Entscheidungen wirksam, die zu einer stärkeren Beteiligung der öffentlichen Haushalte am Erholungsprozeß führen werden. Im Vordergrund steht die erste Stufe der steuerlichen Entlastung, mit der den privaten Haushalten und Unternehmen zusätzliche Mittel im Umfang von etwa 10 Mrd. DM zufließen. Abgesehen von diesem Impuls soll aber am Konsolidierungskurs festgehalten werden. Für die Ausgabenentwicklung des *Staates* sind nur graduelle Änderungen angekündigt worden; sie werden die Entwicklung der Staatsfinanzen nicht nennenswert beeinflussen — vor allem dann nicht, wenn Maßnahmen durch Haushaltsumschichtungen finanziert werden.

Die Ausgaben für den Staatsverbrauch dürften in der gleichen Größenordnung wie in diesem Jahr zunehmen. Eine Neuorientierung in der Einstellungspolitik ist ebenso wenig zu erwarten wie in der Tarifpolitik. Ähnlich ist die Entwicklung der laufenden Sachkäufe von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern einzuschätzen.

Für die öffentlichen Investitionen wird mit einem etwas stärkeren nominalen Zuwachs (5 vH) gerechnet. Die nachhaltige Besserung der kommunalen Finanzsituation — wie auch die lange Zeit, die zur Planung von Investitionsprojekten zur Verfügung stand — ließe ein günstigeres Ergebnis erwarten. Restriktiv wirken aber die stagnierenden Investitionszuweisungen von Bund und Ländern an die Gemeinden und die in den mittelfristigen Finanzplanungen dokumentierte Absicht von Bund und Ländern, ihre eigenen Investitionsvorhaben gegenüber 1985 nicht aufzustocken.

Der große Block der Transferausgaben wird sich mit einer Rate von weniger als 3 vH ähnlich wie 1985 entwickeln. Während das Volumen der Vermögensübertragungen schrumpft, steigen die Transfers an die privaten Haushalte um 2 vH. Die Rentenzahlungen werden um 3,5 vH zunehmen. Davon entfallen 1,5 vH-Punkte auf die zunehmende Zahl der Rentenbezieher; die Rentenanpassung zum 1.7.1986 selbst fällt höher aus als 1985, sie dürfte nach Abzug der Anhebung des Krankenversicherungsbeitrags um 0,7 vH-Punkte knapp 3 vH betragen und somit — auf das gesamte Jahr bezogen — rund 2 vH ausmachen. Die Ausgaben für Arbeitslose werden sich verringern, ebenso die für das Kindergeld; zusätzliche Belastungen verursachen das Erziehungsgeld und die Anhebung beim Wohngeld. Die Subventionen für die Stahl- und die Kohleindustrie dürften abnehmen. Mehrausgaben entstehen durch die geplante Erhöhung der Städtebauförderungsmittel. Merkllich aufgestockt werden die Leistungen an die EG. Insgesamt dürften die Staatsausgaben um reichlich 3 vH zunehmen.

Die Einnahmen des Staates werden wegen der steuerreformbedingten Ausfälle etwa im Tempo der Ausgaben steigen. Das Aufkommen an Lohnsteuer erhöht sich nur um 1 vH. Die indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, spezielle Verbrauchsteuern) werden nicht im gleichen Maße wie die gesamtwirtschaftlichen Umsätze expandieren, weil sich die Bemessungsgrundlagen der meisten dieser Steuern weitgehend unabhängig von nominalen Größen entwickeln und bei der Mehrwertsteuer der steigende Ausfuhrüberschuß aufkommensmindernd wirkt. Die Gewinnabführungen der Bundesbank werden sich auf dem gleichen Niveau wie 1985 bewegen.

Die öffentlichen Defizite dürften 1986 eine Größenordnung von 30 Mrd. DM erreichen und somit — trotz der reformbedingten Steuerausfälle — nur wenig höher sein als in diesem Jahr (27 Mrd. DM).

Die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte wird sich 1986 deutlich verbessern. Die Steuersenkung wird zu einer Entlastung vor allem bei den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen führen. Bei im wesentlichen unveränderten Tarifierhebungen (3 bis 3,5 vH) und nur wenig sinkendem Arbeitsvolumen wird die Brutto Lohn- und -gehaltssumme um rund 4 vH steigen. Netto bedeutet dies einen Anstieg um fast 5 vH. Auch die Sozialeinkommen werden etwas stärker expandieren als 1985; die verfügbaren Einkommen werden damit um reichlich 4 vH höher sein als in diesem Jahr. Da die Steuerentlastung vor allem Haushalte mit niedriger Sparquote begünstigt, kann damit gerechnet werden, daß das Entlastungsvolumen zu einem hohen Prozentsatz auch nachfragewirksam wird. Der *private Verbrauch* könnte deshalb etwas stärker als die verfügbaren Einkommen expandieren und die Sparquote leicht sinken. Die Verbraucherpreise werden 1986 — mit 2,5 vH — weiter moderat steigen; so ist für den realen privaten Verbrauch erstmals seit langem mit einer nennenswerten Zunahme — um rd. 2 vH — zu

rechnen. Vor allem diese Zunahme wird zu einer deutlich höheren Beteiligung der Inlandsnachfrage an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen.

Die zu erwartende Beschleunigung im Zuwachs der realen Inlandsnachfrage wird sich — wenn auch abgeschwächt — bei der *Einfuhr* zeigen; nach den erheblichen Wachstumsdifferenzen zwischen Warenexport und Warenimport in den letzten Jahren ist für 1986 eine Zunahme beider Größen im Gleichschritt vorauszusehen. Allerdings kommt damit die Periode einer ständigen Ausweitung des außenwirtschaftlichen Überschusses nicht zum Stillstand; die Niveaudifferenz — der Überschuß in der Handelsbilanz wird 1985 mehr als 80 Mrd. DM erreichen — führt auch bei der relativ gleich großen Steigerung von Export und Import zu zunehmenden Überschüssen. In nominaler Rechnung wird dies wegen der Verbesserung der Terms of Trade — die Einfuhrpreise werden sich 1986 kaum erhöhen — noch ausgeprägter sein; für die Handelsbilanz allein ist ein Überschuß von 100 Mrd. DM zu erwarten, für die Leistungsbilanz ein Überschuß von knapp der Hälfte dieses Betrages.

Aus den Vorausschätzungen der einzelnen Nachfragekomponenten des *Bruttosozialprodukts* errechnet sich für 1986 ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion von rund 2,5 vH. Dies ist im Vergleich zu 1985 eine leichte Wachstumsverstärkung. Betrachtet man allein die Entwicklung der realen Inlandsnachfrage, so zeigt sich jedoch eine ausgeprägtere Beschleunigung. Berechnungen mit dem ökonometrischen Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute quantifizieren den gesamtwirtschaftlichen Nachfrage- und Produktionseffekt der steuerlichen Entlastung im kommenden Jahr mit rund 0,5 vH. Dies spricht dafür, daß die Wachstumsbeschleunigung weitgehend Effekt der Steuerpolitik ist; eine Tendenz zur Selbstverstärkung der konjunkturellen Erholung zeichnet sich noch immer nicht ab. Daher wird sich auch der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials vor allem wegen der Wirkungen der steuerlichen Entlastung erhöhen, wenn auch nicht so stark wie es wünschenswert wäre.

Größer als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft wird die Erhöhung von Produktion und Auslastungsgrad im verarbeitenden Gewerbe ausfallen. Die Produktion wird sich 1986 um 4 vH erhöhen, im Investitionsgütergewerbe wohl sogar um 5 vH, der Auslastungsgrad um 3 vH-Punkte. Dabei wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe mit 1 vH etwa doppelt so stark steigen wie im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft; dort wird die Aufwärtstendenz weiterhin durch die Freisetzung von Beschäftigten im Baugewerbe beeinträchtigt. Zu erwarten ist demnach nur ein Anstieg der Beschäftigtenzahl um 1/2 vH oder etwa 100 000 Personen im Jahresdurchschnitt. Entlastet wird der Arbeitsmarkt im kommenden — wie schon im laufenden — Jahr durch die zunehmende Inanspruchnahme des Vorruhestands, auch wenn sich nun abzeichnet, daß der Entlastungseffekt

Entwicklung im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe

Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr

	1984	1985	1986
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	-0,7	-3	0
Verarbeitendes Gewerbe	3,4	3,5	4
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	4,3	0	4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,5	6,5	5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,7	1	3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,7	1	2
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	3,3	3	4
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	-1,0	1	1
Arbeitszeit	0,3	-1,5	-1
Arbeitsvolumen	-0,7	-1	0
Produktivität	4,2	4,5	4
Lohnsumme	2,6	4	4,5
Effektiver Lohnsatz	3,3	5	4,5
Lohnstückkosten	-0,9	0,5	0,5
1) Kalendermonatlich, 1980 = 100. -			
Quellen: 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1985 und 1986 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.			

fekt wohl niedriger ausfallen wird, als früher von der Bundesanstalt für Arbeit vorausgeschätzt worden ist. Immerhin trägt diese Regelung dazu bei, daß 1986 die Zahl der Arbeitslosen etwas niedriger als 1985 sein wird. Allerdings wird die Größenordnung von 2,3 Millionen nicht deutlich unterschritten werden, die Arbeitslosenquote verringert sich dabei von 1985 (9,5 vH) auf 1986 (9,3 vH) nur wenig.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Immer deutlicher geworden ist in den letzten Monaten, daß die von der Regierung lange gehegte Hoffnung, die Konjunktur werde sich in der Bundesrepublik auch ohne eine expansive Finanz- und Geldpolitik so verstärken, daß die Wirkungen auch auf den Arbeitsmarkt übergreifen und sich damit das dringende Problem der Arbeitslosigkeit von allein entschärfen werde, trügerisch war. Trotz eines Produktionsanstiegs wird sich an der Situation, daß weit mehr als zwei Millionen arbeitslos sind, auch im kommenden Jahr nichts ändern, falls nicht wirtschaftspolitisch gehandelt wird. Die nach den Wahlen in mehreren Bundesländern in Gang gekommene Diskussion über die Notwendigkeit, entschlossener gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen, gibt gewisse Hoffnungen, daß es doch noch zu einer solchen Kursadjustierung kommen könnte; allerdings dürften auch dann im laufenden Jahr keine nennenswerten zusätzlichen Produktions- und Beschäftigungseffekte zu erzielen sein.

Entschlossenes Handeln heißt nicht, Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Das DIW hat sich schon seit

Jahren für eine stetige Wirtschaftspolitik ausgesprochen, die auch den Unternehmen eine mittelfristige Orientierung bei ihren Investitions- und Beschäftigungsplänen ermöglicht und ihnen zugleich — über eine den Wachstumserfordernissen angemessene Finanz- und Geldpolitik — die nötigen Impulse für eigene expansive Dispositionen vermittelt. Zu warnen ist daher vor Aktionen, die nur kurzfristig eine Alibifunktion erfüllen können, aber nicht zur Wiedergewinnung eines mittelfristig befriedigenden und erforderlichen Wachstumspfad der Wirtschaft beitragen.

Will man die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen, so ist zielgerichtetes, koordiniertes Handeln und eine kooperative Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik notwendig. Gelänge es, Partnerländer zu gewinnen, mit denen die Arbeitslosigkeit gemeinsam bekämpft wird, so erhöhte dies die Effizienz solchen Vorgehens. Auch die Einkommenspolitik sollte, wie sie dies bisher schon getan hat, inflationären Entwicklungen entgegenwirken; andererseits sollte nicht nur die Finanzpolitik, sondern auch die Geldpolitik auf Wachstumsförderung ausgerichtet sein. Bei einer solchen Koordination gewännen alle Bereiche zusätzlichen Spielraum. Bis heute nutzen Geld- und Finanzpolitik nicht die Möglichkeiten, die sie haben, um Wachstum und Beschäftigung zu stimulieren. Unter der Voraussetzung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität erhält, dürfen sich Geld- und Finanzpolitik nicht nur an der Entwicklung der Sachkapazitäten orientieren; bei der Berechnung der möglichen Wachstumsrate des Produktionspotentials sollte auch die Arbeitsmarktlage berücksichtigt werden.

Die Bundesbank sollte einen Kurs anstreben, der nach wie vor dem Erfordernis der Geldwertstabilität entspricht, aber vermehrt auch den mittelfristigen Wachstumserfordernissen Rechnung trägt. Gewiß ist die Geldpolitik in den letzten Monaten insofern „zielgerecht“ gewesen, als die Zentralbankgeldmenge das Niveau vom vierten Quartal 1984 mit einer Jahresrate von 4½ vH übertroffen und sich damit im oberen Bereich des mit laufenden Raten von 3 und 5 vH begrenzten Zieltrichters bewegt hat. Doch sind erhebliche Zweifel angebracht, ob das von der Bundesbank für 1985 gewählte Geldmengenziel selber angemessen ist. Angemessen ist nur ein Geldmengenziel, das zumindest zwei Anforderungen genügt: Auf der einen Seite muß die Geldversorgung so begrenzt sein, daß Inflationstendenzen nicht monetär „alimentiert“ werden. Auf der anderen Seite jedoch muß die Geldversorgung so ausgedehnt werden, daß bei der wachstums- und beschäftigungspolitisch unzureichenden Investitionstätigkeit Zinssenkungen ermöglicht werden, die zur Überwindung der Investitionsschwäche beitragen.

Gegenwärtig ist die Gefahr eines Wiederauflebens der Inflation gering. Mit dem Ende der Dollarhaussie im Frühjahr hat die außenwirtschaftliche Bedrohung der Geldwertstabilität nachgelassen, und angesichts der binnen-

wirtschaftlichen Konstellation (mäßiger Anstieg von Nachfrage und Löhnen) ist eine Überwälzung der während der Dollarhaussie „importierten“ Kostensteigerungen auf das heimische Preisniveau wenig wahrscheinlich.

Nicht erfüllt ist dagegen das wachstumspolitische Kriterium für ein angemessenes Geldmengenziel. Selbst zur Jahresmitte war der langfristige Zinssatz mit 7 % nicht niedriger als zu Jahresanfang, und der Realzins — er betrug unter Berücksichtigung des für die nächste Zeit zu erwartenden Preisanstiegs beim privaten Verbrauch (Jahresrate 2½ vH) und bei Investitionen (1 bis 2 vH) noch 4½ bis 5½ % — bietet noch zu wenig Anreiz, Anlagen in Sachinvestitionen denen in Geldvermögen vorzuziehen. Angesichts des hohen Zinsniveaus überrascht es denn auch nicht, daß die Geldmenge im engeren Sinne (M1) im bisherigen Verlauf dieses Jahres nur verhalten expandierte — im Gegensatz zu den weniger liquiden Bankeinlagen, insbesondere dem längerfristigen Geldkapital.

Mehr und mehr hat sich damit bestätigt, daß es zweckmäßig gewesen wäre, wenn die Bundesbank der Empfehlung der Forschungsinstitute gefolgt wäre, schon von Jahresbeginn an eine Expansion der Zentralbankgeldmenge von 5 vH anzustreben. Nichts an Aktualität verloren hat auch die vor einem halben Jahr erhobene Forderung des DIW, eine solche Geldmengenpolitik durch eine baldige Senkung der Leitzinsen zu flankieren¹. Damit könnte sie zu einer fühlbaren Ermäßigung der Kapitalzinsen — möglicherweise auf unter 6% — beitragen. Heute, da es Versäumtes nachzuholen gilt, ist diese Forderung umso dringlicher. Allerdings scheint der von der Bundesbank gewählte Zieltrichter von 3 bis 5 vH als psychologische Hemmschwelle zu wirken. Eine monetäre Expansionsrate von 6 vH, die bei einem Zielpfad von 5 vH durchaus „zielgerecht“ wäre, würde, gemessen am Zieltrichter der Bundesbank, als Zielüberschreitung erscheinen. Angesichts der gegenwärtigen und für die nächste Zeit zu erwartenden außen- und binnenwirtschaftlichen Bedingungen spricht allerdings vieles dafür, daß die Öffentlichkeit für eine solche „Zielverfehlung“ Verständnis aufbringen, diese also nicht als den Beginn eines inflatorischen Kurses werten würde. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß sich die Geldpolitik in den USA zu einem solchen pragmatischen Kurs entschlossen hat.

Die wichtigste, gerade beschlossene finanzpolitische Maßnahme ist die steuerliche Entlastung im Jahre 1986. Sie dürfte vor allem dem privaten Verbrauch Impulse geben. Freilich kämen diese Impulse stärker zur Wirkung, wenn auch auf der Ausgabenseite entsprechende Akzente gesetzt würden. Nach wie vor wird der konjunk-

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1985. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1985.

turelle Erholungsprozeß von der engherzigen Ausgabenpolitik mehr behindert als gefördert. Die geplanten Maßnahmen im investiven Bereich, insbesondere die Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung, sind ein Schritt in die richtige Richtung, zumal auch privates Kapital mobilisiert werden dürfte. Das Volumen der zum Einsatz kommenden Mittel wird aber viel zu gering sein, um eine gesamtwirtschaftlich fühlbare Anstoßwirkung zu geben. Nach wie vor besteht die Gefahr, daß die positiven Effekte dieser Maßnahmen sowie — und vor allem — der Steuerentlastungen durch eine im ganzen restriktive Ausgabenpolitik weitgehend kompensiert werden. Auch jetzt sollte bedacht werden, daß eine Kombination von weniger Ausgaben und geringerer Steuerbelastung dann keinen Erfolg verspricht, wenn wie bisher Ausgaben über eine Verringerung der staatlichen Käufe von Gütern und Diensten eingespart werden: Die Entzugseffekte solcher Kürzungen sind stärker als die expansiven Impulse steuerlicher Entlastungen.

Wird versucht, Steuerentlastungen durch Einsparungen auf der Ausgabenseite zu finanzieren, darf man sich nicht wundern, wenn die erhofften Erfolge ausbleiben: Eine Wachstumspolitik zum Nulltarif gibt es nicht. Vonnöten wäre vielmehr eine kräftige Aufstockung der Mittel für öffentliche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Der Staat ist zu einer deutlichen Anhebung seiner eigenen Investitionen um so eher in der Lage, als es einerseits aufgrund der langjährigen Einschränkungen dieser Aktivitäten erheblichen Neu-, Nachhol- und Ersatzbedarf gibt und sich auf der anderen Seite die finanziellen Voraussetzungen entscheidend gebessert haben. Ebenso sollte die restriktive Einstellungspolitik endlich gelockert werden. Auch wenn die Zahl der Aufgabenfelder, in denen zusätzlicher Personalbedarf besteht, abgenommen hat und die verfügbaren Rationalisierungsreserven ausgeschöpft werden sollten, gibt es Bereiche mit dringlichem Bedarf — sei es solcher, der mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit steigt, oder solcher, der zur Beseitigung von Engpässen aufgrund der demographischen Entwicklung gedeckt werden muß, zumal die zurückhaltenden Lohnerhöhungen in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst hierfür Spielraum geben.

Wenn heute vor kurzatmigen Beschäftigungsprogrammen gewarnt wird, so geschieht dies im Rückblick auf die siebziger Jahre. Indes ist die Vielzahl der seit 1974 aufgelegten Programme kein Beleg für die Wirkungslosigkeit aktiver Finanzpolitik. Mit Ausnahme des Zukunftsinvestitionsprogramms waren sie viel zu gering dosiert und zu

kurz befristet. Ihr Umfang reichte nicht aus, die Kürzungen — vor allem der Investitionen — in den Kernhaushalten auszugleichen.

In der Lohnpolitik haben sich in der letzten Zeit die Akzente etwas verschoben: Unter Verzicht auf eine höhere Barentlohnung der Beschäftigten haben einige Gewerkschaften Verkürzungen der Wochenarbeitszeit oder Vorruhestandsregelungen ausgehandelt. Beides kann, werden bestimmte, vom DIW schon früher ausführlich beschriebene² Erfordernisse, insbesondere das Gebot der Kostenneutralität, beachtet, zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Gelöst werden können damit diese Probleme indes nicht. Der Beitrag kann jedoch bei einer flexiblen Praxis der Wochenarbeitszeitverkürzung vergrößert werden. Aktuelle Möglichkeiten dazu bahnen sich im Metallbereich an. Aufgrund der hier konzentrierten in- und ausländischen Investitionsgüternachfrage dürften sich im kommenden Jahr erste Kapazitätsengpässe zeigen, die nicht rasch genug durch eine Verstärkung der eigenen Investitionstätigkeit in den betreffenden Zweigen und Unternehmen überwunden werden können. Flexible Handhabung der individuellen Arbeitszeit in Verbindung mit zusätzlichen Einstellungen, die zur Verlängerung der Betriebszeiten bei Verkürzungen individueller Arbeitszeit führen, könnten indes Abhilfe schaffen.

In diesen Bereichen, die einerseits von der Konjunktur besonders begünstigt werden, in denen andererseits die Wochenarbeitszeit mit Wirkung vom April dieses Jahres verkürzt wurde, ist es seit einem Jahr zu nicht unerheblichen Neueinstellungen gekommen. Eine exakte Zuordnung dieses Beschäftigungseffekts auf die Einflußfaktoren Konjunktur einerseits und Arbeitszeitverkürzung andererseits ist zur Zeit noch nicht möglich. Vieles spricht aber dafür, daß die bisher beobachteten Einstellungen auf das Wachstum dieser Branchen und die günstige konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen sind, zumal mit den vermehrten Einstellungen schon lange vor dem Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzungen begonnen wurde. Ausreichendes Wachstum ist also nach wie vor der wichtigste Weg zu mehr Beschäftigung.

² Vgl. Was bringt der Einstieg in die 35-Stunden-Woche? Zu den ökonomischen Auswirkungen einer schrittweisen Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit. Bearbeitet von F. Stille und R. Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/1983. Vgl. auch Mögliche Beschäftigungseffekte der Vorruhestandsregelung. Bearbeitet von E. Kirner, V. Meinhardt und R. Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1984.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1985 und 1986

	1984	1985	1986	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1.Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	-0,2	0,5	0,5	-0,3	-0,1	0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,0	-0,5	-0,5	-0,3	0,5	-0,5	-1
Arbeitstage	-0,4	-0,5	0	0,8	-1,5	-2	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-0,5	-1	0	0,2	-1,2	-2	0,5
Produktivität 1)	3,1	3	2,5	2,1	4,1	4	2
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	2,6	2	2,5	2,3	2,8	2	2,5
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	978,1	1 012,5	1 058	475,3	502,8	489,5	523
Staatsverbrauch	349,8	364,5	379,5	161,3	188,5	168,5	196
Anlageinvestitionen	357,5	366,5	385,5	161,2	196,2	162	204,5
Ausrüstungen	140,2	157,5	174,5	61,5	78,7	70	87,5
Bauten	217,3	209	211,5	99,7	117,6	91,5	117
Vorratsveränderung	16,1	12	11	13,3	2,8	11	1
Außenbeitrag	48,5	71,5	86,5	15,1	33,4	27	45
Ausfuhr	599,9	674	726	285,5	314,3	323	350,5
Einfuhr	551,4	602	639,5	270,4	280,9	296,5	305,5
Bruttosozialprodukt	1 750,0	1 827	1 921	826,2	923,8	857,5	969,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,2	3,5	4,5	3,6	2,9	3	4
Staatsverbrauch	4,2	4	4	4,1	4,3	4,5	4
Anlageinvestitionen	3,2	2,5	5,5	3,3	3,0	0,5	4,5
Ausrüstungen	1,9	12,5	10,5	-1,1	4,4	14	11
Bauten	4,0	-4	1	6,3	2,1	-8	-0,5
Ausfuhr	11,1	12,5	7,5	8,5	13,5	13	11,5
Einfuhr	9,9	9	6	11,4	8,5	9,5	9
Bruttosozialprodukt	4,6	4,5	5	4,3	4,8	3,5	5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	710,6	717	732,5	347,6	362,9	349	368
Staatsverbrauch	254,5	258	261	123,7	130,9	125,5	132,5
Anlageinvestitionen	259,7	263,5	273	117,4	142,3	117	146,5
Ausrüstungen	109,9	121	130,5	48,5	61,4	54,5	66,5
Bauten	149,8	142,5	142,5	68,9	81,0	62,5	80
Vorratsveränderung	12,6	9	9,5	10,6	2,0	7,5	1
Außenbeitrag	62,3	79,5	85	24,6	37,7	36	43,5
Ausfuhr	450,5	488	515,5	216,2	234,3	236,5	252
Einfuhr	388,2	408,5	430,5	191,6	196,6	200	208
Bruttosozialprodukt	1 299,7	1 327	1 360,5	623,9	675,8	635	692
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	0,6	1	2	0,6	0,6	0,5	1,5
Staatsverbrauch	2,0	1,5	1,5	1,3	2,7	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	1,3	1,5	3,5	0,8	1,6	-0,5	3
Ausrüstungen	0,4	10	8	-2,6	2,8	12	8,5
Bauten	1,9	-5	0	3,4	0,7	-9	-1,5
Ausfuhr	7,9	8,5	5,5	5,6	10,2	9,5	7,5
Einfuhr	5,7	5	5,5	6,8	4,6	4,5	6
Bruttosozialprodukt	2,6	2	2,5	2,3	2,9	2	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1984	1985	1986	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,6	2,5	2,5	3,0	2,3	2,5	2,5
Staatsverbrauch	2,2	3	3	2,8	1,5	3,5	2,5
Anlageinvestitionen	1,9	1	1,5	2,5	1,4	0,5	1,5
Ausrüstungen	1,5	2	2,5	1,5	1,5	2	2,5
Bauten	2,0	1	1,5	2,8	1,4	1	1
Ausfuhr	2,9	3,5	2	2,7	3,0	3,5	4
Einfuhr	4,0	4	0,5	4,3	3,7	5	2,5
Bruttosozialprodukt	1,9	2	2,5	2,0	1,8	2	2,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	947,0	983,5	1 024,5	446,8	500,3	458,5	525
Bruttolohn- und -gehaltsumme	764,2	792	825	360,5	403,7	369,5	423
Nettolohn- und -gehaltsumme	519,1	532	557,5	247,5	271,6	251,5	280,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	393,7	416,5	451,5	178,6	215,1	189	227,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	327,3	348	378	146,7	180,6	156	191,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	305,5	328	344,5	145,7	159,9	160	168
Nichtentnommene Gewinne	21,7	20	33,5	1,0	20,7	-3,5	23,5
Volkseinkommen	1 340,7	1 400,5	1 476	625,3	715,3	648	752,5
Abschreibungen	220,5	230,5	242,5	109,1	111,4	114	116,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	188,8	196	202	91,7	97,1	95,5	100
Bruttosozialprodukt	1 750,0	1 827	1 921	826,2	923,8	857,5	969,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,0	4	4	3,1	2,8	2,5	5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,8	3,5	4	3,1	2,5	2,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	1,4	2,5	5	1,6	1,3	1,5	3,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,1	3	3,5	3,5	2,7	2	4
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	1,7	2	4,5	2,0	1,5	1,5	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,1	5,5	8,5	5,8	12,0	5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,3	6,5	8,5	4,8	13,3	6,5	6
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	9,3	7,5	5	5,0	13,5	9,5	5
Volkseinkommen	4,7	4,5	5,5	3,9	5,4	3,5	5
Abschreibungen	4,7	4,5	5	5,1	4,3	4,5	4,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3,5	3,5	3,5	6,8	0,5	4	3
Bruttosozialprodukt	4,6	4,5	5	4,3	4,8	3,5	5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	519,1	532	557,5	247,5	271,6	251,5	280,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	292,6	299	306	146,3	146,4	149	150
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	344,8	368	387	167,1	177,8	180	188
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,4	17,5	17,5	8,7	8,7	8,5	8,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	34,0	36	38	15,9	18,1	17	19
Verfügbares Einkommen	1 105,1	1 145,5	1 195,5	536,2	568,9	554,5	590,5
Privater Verbrauch	978,1	1 012,5	1 058	475,3	502,8	489,5	523
Ersparnis	127,0	133	137,5	60,9	66,1	65	67,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,5	11,5	11,5	11,4	11,6	12	11,5

noch: **Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	1984	1985	1986	1984		1985	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	1,4	2,5	5	1,6	1,3	1,5	3,5
Empfangene laufende Übertragungen 3)	1,1	2	2,5	1,4	0,9	2	2,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	8,6	6,5	5	7,6	9,5	7,5	6
Verfügbares Einkommen	3,4	3,5	4,5	3,4	3,5	3,5	4
Privater Verbrauch	3,2	3,5	4,5	3,6	2,9	3	4
Ersparnis	5,0	4,5	3,5	1,7	8,3	7	2,5
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	439,0	458,5	471,5	206,4	232,7	214,5	244
Sozialbeiträge	302,9	318,5	331,5	143,1	159,8	149	170
Erwerbseinkünfte	30,5	32	32	15,7	14,8	18	14
Sonstige laufende Übertragungen	21,3	22,5	23,5	10,0	11,3	10,5	12
Empfangene Vermögensübertragungen	5,9	5,5	5,5	2,8	3,1	2,5	3
Einnahmen insgesamt	799,5	837	864	377,9	421,6	394,5	442,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	349,8	364,5	379,5	161,3	188,5	168,5	196
Zinsen	52,3	54,5	57	28,4	23,9	29,5	25
Laufende Übertragungen an	370,8	380	390,5	182,4	188,4	186,5	193,5
Private Haushalte	299,6	306	312,5	150,2	149,5	153	152,5
Unternehmen	40,8	42	42,5	17,6	23,2	18	24
Ausland	30,4	32	35,5	14,7	15,7	15,5	16,5
Geleistete Vermögensübertragungen	35,4	32,5	32	15,4	20,0	14	18,5
Nettoinvestitionen	32,1	32,5	34,5	12,6	19,5	11,5	21
Ausgaben insgesamt	840,4	864	893,5	400,1	440,4	410,5	454
Finanzierungssaldo	-40,9	-27,5	-29,5	-22,2	-18,8	-16	-11,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	5,9	4,5	3	8,1	4,0	4	5
Sozialbeiträge	4,5	5	4	3,8	5,1	4	6,5
Erwerbseinkünfte	0,4	4,5	0,5	-22,7	47,4	15	-6
Sonstige laufende Übertragungen	6,9	5,5	4,5	6,5	7,2	5,5	5,5
Empfangene Vermögensübertragungen	-6,7	-4,5	0	0,0	-12,0	-6	-2,5
Einnahmen insgesamt	5,0	4,5	3	4,6	5,4	4,5	5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,2	4	4	4,1	4,3	4,5	4
Zinsen	4,4	4,5	4	3,1	5,9	4	5
Laufende Übertragungen an	3,9	2,5	3	3,4	4,4	2,5	2,5
Private Haushalte	1,5	2	2	1,7	1,4	2	2
Unternehmen	15,1	3	1,5	13,3	16,4	2	3,5
Ausland	15,9	6	10	11,9	19,8	6	6,5
Geleistete Vermögensübertragungen	9,3	-8	-1	8,0	10,2	-7,5	-8,5
Nettoinvestitionen	-1,1	3	6	-4,4	1,1	1,5	4
Ausgaben insgesamt	4,1	3	3,5	3,6	4,5	3	3

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie der Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung. - 4) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. -5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1984 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1985, S. 167f.) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1985 und 1986 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsrate gerundet.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 54. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1984. 122 S. DM 60,—

DIW-Symposion: Wege aus der Arbeitslosigkeit — die Erfahrungen in den 30er Jahren.

Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion in Deutschland in den frühen dreißiger Jahren. Von *Knut Borchardt*.

Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion heute. Von *Fritz W. Scharpf*.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich in den 20er und 30er Jahren aus der Sicht des Instituts für Konjunkturforschung. Von *Rolf Krengel*.

Internationale Aspekte der Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren. Von *Dietmar Petzina*.

Wege aus der Arbeitslosigkeit — Großbritannien und Schweden. Von *Sidney Pollard*.

Wege aus der Arbeitslosigkeit — USA, Frankreich, Japan. Von *Volker Hentschel*.

Zusammenfassung der Generaldiskussion.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/1984. 146 S. DM 66,—

Modellsimulation zur Wochenarbeitszeitverkürzung. Von *Rudolf Zwiener*.

Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.

Alternativen des U- und S-Bahnbaus. Von *Uwe Müller*.

DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten. Von *Doris Cornelsen, Manfred Melzer, Angela Scherzinger*.

Das Lebensmittelprogramm der UdSSR und die gegenwärtige Situation der sowjetischen Landwirtschaft. Von *Maria Elisabeth Ruban*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1984. 116 S. DM 54,—

Das Find-Modell: Zur Konzeption eines neuen disaggregierten Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Georg Erber, Hansjörg Haas, Manfred Kiy*.

Fehlersimulationen mit Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes. Von *Joachim Schintke*.

Der Einfluß von Demographie und Bildungsverhalten auf das Bildungssystem und die Auswirkungen auf das Angebot von Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Wolfgang Jeschek*.

Management Problems of Renewable Maritime Resources: The Case of North Atlantic Fisheries. Von *Peter Hrubesch*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1984. 146 S. DM 72,—

Zum Stand der Panelforschung. Von *Hans-Jürgen Krupp*.

Das Sozio-ökonomische Panel. Eine Längsschnittstudie für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Ute Hanefeld*.

Die Wohnungsumfragen im Sozio-ökonomischen Panel. Ergänzung des amtlichen Berichtssystems zum Wohnungssektor? Von *Herbert Lahmann*

Behavioral Research with the Panel Study of Income Dynamics in Retrospect and Prospect. By *Greg J. Duncan and James N. Morgan*.

The National Longitudinal Surveys of Labor Market Experience. Past and Future Uses to Study Labor Market Policy Questions. By *Michael E. Borus and Kenneth I. Wolpin*.

The Survey of Income and Program Participation. By *Daniel Kasprzyk and Roger A. Herriot*.

Household Market and Nonmarket Activities. The First Year of a Swedish Panel Study. By *N. Anders Klevmarken*.

Modellierung beruflicher Mobilitätsprozesse mit Panel-Daten. Von *Heinz P. Galler*.

Modelltheoretische und methodische Probleme bei der Analyse von Paneldaten mit qualitativen Variablen. Von *Gerhard Arminger*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer: 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1985/86. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.